



Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Demographie konkret – Altersarmut in Deutschland

Regionale Verteilung und Erklärungsansätze

Demographie konkret – Altersarmut in Deutschland

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Demographie konkret – Altersarmut in Deutschland

Regionale Verteilung und Erklärungsansätze

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2015 Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Verantwortlich: Dr. Anja Langness

Lektorat: Heike Herrberg

Herstellung: Christiane Raffel

Umschlaggestaltung: Elisabeth Menke

Fotos: Valeska Achenbach, Hamburg

Satz und Druck: Hans Kock Buch- und Offsetdruck GmbH, Bielefeld

ISBN 978-3-86793-670-5

www.bertelsmann-stiftung.de/verlag

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	8
Altersarmut in Deutschland: Zusammenfassung der zentralen Befunde	12
Was ist Altersarmut? Konzepte zur Messung von Altersarmut	16
Teil 1: Altersarmut auf Basis von Grundsicherung	22
Bezug von Grundsicherung im Alter auf Ebene der Bundesländer	22
Bezug von Grundsicherung im Alter auf Ebene der Kreise	30
Teil 2: Altersarmut auf Basis von relativer Einkommensarmut	40
Datengrundlage Mikrozensus	40
Armutgefährdung Älterer auf Ebene der Bundesländer	41
Armutgefährdung Älterer auf Ebene der Kreise	50
Einflussfaktoren der Altersarmut	53
Grundsicherung im Alter und relative Einkommensarmut im Vergleich	62
Teil 3: Handlungsempfehlungen für Kommunen	68
Das Lebenslagenkonzept und seine Dimensionen	68
Maßnahmen zur Bekämpfung von Altersarmut	69
Messung von Altersarmut	69
Kommunale Sozialpolitik im Paradigmenwechsel	70
Kommunale (Alters-)Armutspolitik als Lebenslagenpolitik – Politikbereiche, Ziele, Handlungsfelder und Instrumente	73
Ausblick	79

Anhang	80
Kurze Beschreibung der verwendeten geo-additiven Modelle	80
Weitere Auswertungen, Tabellen und Abbildungen	82
Ergebnisse für kreisfreie Städte und Landkreise	88
Literatur und Quellen	101
Die Autoren	108
Abstract	110

Vorwort

Der demographische Wandel gehört zu den meistdiskutierten gesellschaftlichen Herausforderungen. Veränderungen in der Altersstruktur sind bereits heute in vielen Kommunen sichtbar – wenn auch regional sehr unterschiedlich: Die Gesellschaft altert, vielerorts schrumpft sie, und vor allem in den größeren Städten wächst die Bevölkerung und wird multikultureller und internationaler.

Bis zum Jahr 2030 wird die Zahl der Menschen, die 65 Jahre und älter sind, um über fünf Millionen steigen. Dann wird jeder Vierte mindestens 65 Jahre und jeder Dreizehnte über 80 Jahre alt sein. Das zeigt die aktuelle Bevölkerungsvorausberechnung der Bertelsmann Stiftung im Internetportal »Wegweiser Kommune«. Dort finden Interessierte Bevölkerungsvorausberechnungen für alle Landkreise und Kommunen mit mehr als 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Zudem wird der Anteil älterer Menschen steigen, die von Altersarmut betroffen oder bedroht sind. Waren im Jahr 2006 noch 10,4 Prozent der ab 65-Jährigen armutsgefährdet, lag der Anteil im Jahr 2013 bereits bei 14,3 Prozent. Und die Tendenz ist weiter steigend.

Insbesondere Frauen, Geringqualifizierte und Menschen mit Migrationshintergrund sind in Deutschland im Alter besonders armutsgefährdet. Für diese Gruppen sind unterbrochene Erwerbsbiografien, hohe Teilzeitarbeitsquoten und niedrige Löhne die Regel. Sie führen zu niedrigen Renten und erhöhen das Risiko, im Alter auf finanzielle Unterstützung angewiesen zu sein.

Die Armutsgefährdung im Alter ist regional unterschiedlich verbreitet. Es gibt ein starkes Ost-West-Gefälle.

Bisher lagen nur Ergebnisse für einzelne Bundesländer oder Stadtstaaten vor. Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung untersuchte die Ruhr-Universität Bochum in Kooperation mit dem Statistischen Landesamt NRW die soziostrukturellen Ursachen sowie die regionale Verteilung und Entwicklung von Altersarmut. Basierend auf den sozioökonomischen und demographischen Daten vom »Wegweiser Kommune« und auf den Daten zur

relativen Einkommensverteilung des Mikrozensus, präsentiert diese Studie sowohl einen Gesamtüberblick für Deutschland als auch Ergebnisse für die Kreise und kreisfreien Städte.

Mit diesen Ergebnissen möchten wir die Verantwortlichen in den Kommunen unterstützen, die Verteilung und die Ursachen von Altersarmut differenziert in den Blick zu nehmen. Die Bekämpfung von Altersarmut ist zwar vorrangig in der Bundespolitik verankert, denn dort werden die Reformen in der Renten-, Arbeits- und Wirtschaftspolitik entschieden – aber auch die Kommunen haben vielfältige Einflussmöglichkeiten: Eine gezielte kommunale Bildungs-, Wirtschafts-, Gesundheits- und Sozialpolitik kann dazu beitragen, künftige Altersarmut zu verhindern und ihre Folgen zu reduzieren. Kommunen können die Bedingungen vor Ort aktiv gestalten, vorausschauend planen und handeln. Die Bertelsmann Stiftung hat dazu konkrete Handlungsempfehlungen entwickelt, die im abschließenden Kapitel dieser Studie und im »Wegweiser Kommune« zur Verfügung stehen.

Dr. Brigitte Mohn
Mitglied des Vorstands
der Bertelsmann Stiftung

Dr. Kirsten Witte
Programmleiterin »LebensWerte Kommune«
der Bertelsmann Stiftung



Einleitung

Anja Langness, Carsten Große Starmann

In Deutschland sind das Armutsrisiko wie auch die Ungleichheit in der Einkommensverteilung in den letzten Jahren gestiegen.

Der letzte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung konstatiert, dass zwischen 14 und 16 Prozent der Bundesbürger unverändert von Einkommensarmut bedroht sind (BMAS 2013: 23). Kinder und Jugendliche, Arbeitslose, Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende und Paare mit mehreren Kindern sind in besonders hohem Maße von Armut bedroht. Aber auch die Zahl der von Armut bedrohten ab 65-Jährigen wächst seit Jahren kontinuierlich: von 10,4 Prozent im Jahr 2006 auf 14,3 Prozent im Jahr 2013 (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2014b). Und Fachleute erwarten für diese ältere Bevölkerungsgruppe einen weiteren Anstieg in der Zukunft.

Vor allem Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund haben hierzulande ein besonders hohes Risiko, von Altersarmut betroffen zu sein. Zudem sind starke Ost-West-Unterschiede zu verzeichnen: 14,8 Prozent der ab 65-Jährigen in den westdeutschen und 12,5 Prozent in den ostdeutschen Ländern haben weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung (ebd.).

Allerdings sind die Vermögen in diesen Daten nicht berücksichtigt. Eine neue Auswertung des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) greift diesen Faktor auf – dann liegt die Armutsgefährdungsquote der Älteren bei rund zehn Prozent (IW 2015). Dennoch: Für Ältere ist es besonders schwierig, aus einer Armutslage herauszukommen. Sie haben wenige Möglichkeiten, ihr

Einkommen aufzubessern. Viele Ältere können so kaum noch am sozialen und gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Ein zunehmendes Armutsrisiko wird so schnell zum gesamtgesellschaftlichen Problem, denn dauerhafte Armut gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wissenschaftliche Studien bestätigen einen direkten Zusammenhang: je höher das Armutsrisiko, desto niedriger der gesellschaftliche Zusammenhalt. Hinzu kommt, dass auch bei den Privatvermögen die Kluft zwischen Arm und Reich weiter gewachsen ist, obwohl Wirtschaft und Arbeitsmarkt sich gut entwickeln: Die reichsten zehn Prozent der bundesdeutschen Haushalte verfügen über 53 Prozent des gesamten Nettovermögens. Die untere Hälfte der Haushalte hingegen besitzt nur gut ein Prozent (BMAS 2013: 25).

Armut führt in jedem Alter zu vielfältigen Benachteiligungen. Denn Armut bedeutet nicht nur materiellen Mangel, sondern auch erheblich weniger Chancen auf Partizipation und Integration. Wer arm ist, verliert in vielerlei Hinsicht an Lebensqualität. Die Armuts- und Ungleichheitsforschung verweist auf die unterschiedlichen Dimensionen und die mehrfachen negativen Konsequenzen von Armut für das alltägliche Leben jedes einzelnen Betroffenen: schlechtere Gesundheit, weniger Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, geringere Lebenserwartung. Beispiel Gesundheit: 65-Jährige mit niedrigem Einkommen haben eine geringere Lebenserwartung als Gleichaltrige aus wohlhabenden Haushalten. Bei Männern macht diese Differenz fünf Jahre, bei Frauen dreieinhalb Jahre aus

(Kroh et al. 2012). Das Leben in Armut führt zu erheblichen Einbußen des subjektiven Wohlbefindens, die Betroffenen fühlen sich weniger gesund, sind weniger ehrenamtlich und politisch engagiert und nehmen relativ selten an kulturellen Aktivitäten teil (Böhnke 2009).

Die Zunahme des Armutsrisikos und die vielfältigen Benachteiligungen armer Menschen stellen die Politik von Bund, Ländern und Kommunen vor große Herausforderungen. Den Kommunen kommt dabei eine bedeutende Rolle zu: Sie sind immer stärker mit den negativen Folgen von (Alters-)Armut konfrontiert und haben zugleich durchaus Möglichkeiten, die Lebenssituation armutsgefährdeter älterer Menschen vor Ort zu verbessern. Zudem können kommunale Akteure aus Politik und Verwaltung eine wichtige Rolle bei der langfristigen Prävention von (Alters-)Armut spielen, etwa durch eine gezielte Bildungspolitik vor Ort.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich in ihrem Programm »LebensWerte Kommune« dafür ein, Transparenz über die demographische und sozioökonomische Entwicklung in den Kommunen herzustellen und Handlungsempfehlungen für besonders dringliche kommunale Herausforderungen zu geben. Die vorliegende Studie konzentriert sich auf die Betrachtung der regionalen Verteilung von Altersarmut und schließt damit eine Forschungslücke. Sie untersucht, wie Altersarmut über die 295 Landkreise und 107 kreisfreien Städte verteilt ist.

Eine multidimensionale Betrachtung von Armut und insbesondere Altersarmut ist aufgrund fehlender Daten auf regionaler Ebene leider nicht möglich. Stattdessen wird Altersarmut hier in zweifacher Hinsicht definiert und gemessen: mit dem Konzept »Bezug von Grundsicherung im Alter« und mit dem Konzept der relativen Einkommensarmut im Alter. Die Studie identifiziert auf Basis beider Messkonzepte aktuelle sozialstrukturelle und regionale Schwerpunkte von Altersarmut. Sie umfasst zwei zentrale Fragestellungen: Wie ist das Altersarmutsrisiko regional verteilt? Wie ist die regional unterschiedliche Verteilung des Altersarmutsrisikos zu erklären?

Die Studie zeigt, dass das Risiko Altersarmut regional sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Die Ergebnisse geben zudem einen Überblick über die vielfältigen Einflussfaktoren auf das Altersarmutsrisiko. Strategien zur Vermeidung von Altersarmut sollten früh und damit präventiv ansetzen. Bund, Länder und Kommunen sind hier gleichermaßen mit einer guten Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Sozialpolitik gefordert.

Die empirischen Ergebnisse der vorliegenden Studie geben zwar keine direkten Hinweise darauf, wie Kommunen künftig mit dem Problem der wachsenden Altersarmut konkret umgehen sollten. Klar ist jedoch: Die Verantwortlichen in den Städten, Gemeinden und Kreisen stehen vor einer anspruchsvollen Situation. Es ist ihre Aufgabe, sich in Politik und Verwaltung der zunehmenden Komplexität des Problems Altersarmut anzunehmen, sich intensiv mit Einflussfaktoren und Wechselwirkungen auseinanderzusetzen und in der Folge Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. So ist beispielsweise eine differenzierte kommunale Sozial- und Seniorenpolitik ein wichtiger Baustein dafür, dass ältere Menschen, die von Armut betroffen oder bedroht sind, verstärkt Beratung und Hilfe erhalten. Passgenaue Angebote der Bildungs- und Gesundheitsförderung, eine gute gesundheitliche Versorgung und Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe können nur vor Ort bedarfsgerecht gestaltet werden und dazu beitragen, langfristig Altersarmut vorzubeugen.

Im letzten Teil dieser Publikation und im Internetportal »Wegweiser Kommune« finden sich konkrete Handlungsempfehlungen für Kommunen. Sie verdeutlichen, wie Städte und Gemeinden einen Beitrag leisten können, um Altersarmut vorzubeugen und mit deren Folgen umzugehen.

Wir danken den Autoren Prof. Dr. Jörg-Peter Schräpler und Holger Mann (Ruhr-Universität Bochum) sowie Dr. habil. Wolfgang Seifert (IT.NRW) für die gute und konstruktive Zusammenarbeit. Dr. Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und Prof. Dr. Gerhard Bäcker von der Universität Duisburg-Essen haben die Studie kommentiert und

wertvolle Hinweise gegeben. Prof. Dr. Gerhard Naegele von der Technischen Universität Dortmund hat Handlungsempfehlungen für Kommunen zur Prävention und zum Umgang mit Altersarmut entwickelt. Eric Thode und Dr. Juliane Landmann aus dem Programm »Nachhaltig wirtschaften« der Bertelsmann Stiftung danken wir für ihre Unterstützung bei der Erstellung der Studie.



Altersarmut in Deutschland: Zusammenfassung der zentralen Befunde

Um ein möglichst vollständiges Bild von Altersarmut zu erhalten, werden in dieser Studie die zwei gängigsten Messkonzepte verwendet: das Grundsicherungskonzept nach SGB XII der ab 65-Jährigen und das relative Einkommensrisikokonzept. Während das Grundsicherungskonzept das gesetzliche soziokulturelle Existenzminimum in jedem Einzelfall sicherstellen soll, basiert das Konzept der Armutsgefährdungs- bzw. -risikoquote auf einer relativen Einkommensgröße: Danach gelten Personen als armutsgefährdet, wenn ihr bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens beträgt. Der Grenzwert wird als Armutsschwelle bezeichnet.

Die zentralen Ergebnisse der Studie:

1. Die Zahl der Rentnerinnen und Rentner, die Grundsicherung im Alter nach SGB XII erhalten, ist in den letzten Jahren in Deutschland stark gestiegen. Seit dem Einführungsjahr 2003 bis zum Jahr 2013 hat sich die Zahl der Empfänger von Grundsicherung im Alter nahezu verdoppelt: von 257.734 auf 499.295. Die Leistungsempfängerquote nach SGB XII stieg in dem Zeitraum von 1,7 auf 3,0 Prozent. Hier wird zusätzlich von einer relativ hohen Dunkelziffer ausgegangen, denn es gibt Hinweise, dass nicht alle älteren Menschen ihren Anspruch auf Grundsicherung tatsächlich wahrnehmen, etwa aufgrund von Informationsdefiziten und Stigmatisierungssängsten.

Im Vergleich zur Grundsicherung im Alter nach SGB XII sind die Armutsgefährdungsquoten (hier: Bundesmedian) fast

fünffach so hoch. Die Armutsgefährdungsquote der ab 65-Jährigen stieg von 10,4 Prozent im Jahr 2006 auf 14,3 Prozent im Jahr 2013. Damit liegt sie nur knapp unter der für die Gesamtbevölkerung in privaten Haushalten hierzulande ermittelten Armutsgefährdungsquote von 15,5 Prozent.

2. Die Grundsicherungsquote und auch die Armutsgefährdungsquote der ab 65-Jährigen haben in allen Bundesländern und Stadtstaaten im Beobachtungszeitraum 2006 bis 2013 zugenommen. Diese Quoten decken unterschiedliche Bevölkerungsteile ab. Wer Leistungen nach SGB XII erhält, fällt meist auch unter die relative Armutsschwelle. Doch gibt es einen großen Teil an älteren Personen, die zur Armutsrisikopopulation gehören, aber keine Grundsicherung erhalten. Die betroffene Bevölkerung verteilt sich jedoch für beide Messkonzepte regional unterschiedlich.

Die höchsten Grundsicherungsquoten weisen die drei Stadtstaaten auf – dort liegen sie etwa doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Zudem ist dort der Zuwachs am höchsten. Die Flächenländer Nordrhein-Westfalen und Hessen wie auch das kleine Flächenland Saarland haben leicht überdurchschnittliche Quoten, Niedersachsen und Schleswig-Holstein liegen dagegen im Bundesschnitt. Im Süden Deutschlands, in Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz, fallen unterdurchschnittliche Grundsicherungsquoten auf. Die niedrigsten Quoten haben die ostdeutschen Bundesländer, die im Schnitt auf 2,1 Prozent kommen, wobei Sachsen

und Thüringen mit je 1,1 Prozent den niedrigsten Wert aufweisen.

Die Armutsgefährdungsquoten der ab 65-Jährigen liegen in den ostdeutschen Ländern ebenfalls unterhalb des bundesdeutschen Durchschnitts. Bei den westdeutschen Bundesländern lassen sich Unterschiede in der Verteilung erkennen. Das Saarland hat mit 19,2 Prozent die höchste Quote und damit ebenfalls wie bei der Grundsicherung einen überdurchschnittlichen Wert. Etwas anders sieht es in Rheinland-Pfalz mit 17,8 Prozent und Bayern mit 17,0 Prozent aus. Hier liegen neben überdurchschnittlichen Armutsgefährdungsquoten bei den ab 65-Jährigen gleichzeitig unterdurchschnittliche Grundsicherungsquoten nach SGB XII vor.

Der scheinbare Widerspruch erklärt sich durch die unterschiedlichen Messkonzepte: Während beim Grundsicherungsbezug neben der Einkommens- auch eine Vermögensprüfung für die Anspruchsvoraussetzung erfolgt, wird bei der Berechnung der Armutsgefährdungsquoten Vermögen nur indirekt über realisierte Vermögenseinkommen erfasst und auch nicht der Mietwert selbst genutzten Wohneigentums berücksichtigt. In Bayern und Rheinland-Pfalz ist jedoch die Wohneigentumsquote überdurchschnittlich hoch.

3. Auf Kreisebene finden sich vor allem in den kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein hohe Grundsicherungsquoten im Alter nach SGB XII. Die höchste Quote hat Frankfurt am Main mit 8,1 Prozent, gefolgt von Offenbach am Main (7,7%) und den Rheinstädten Köln und Düsseldorf (je 7,2%). In diesen Städten ist zudem ein deutlicher Zuwachs festzustellen. Dagegen werden unterhalb der Bundesländerebene, auf Kreisebene, grundsätzlich keine Armutsgefährdungsquoten ausgewiesen; es können aber Wahrscheinlichkeiten für relative Altersarmut mithilfe von statistischen Modellen geschätzt werden. Betroffen von höherer Armutswahrscheinlichkeit sind

dann weniger die kreisfreien Städte als vielmehr Landkreise in Niederbayern, der Oberpfalz, in Schwaben, Niederfranken und Oberfranken, in denen in der Vergangenheit eine niedrige Beschäftigungsquote vorlag. Ähnliches gilt für einige Kreise in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen.

4. Für beide Konzepte gilt, dass alleinstehende Frauen stärker von Altersarmut betroffen sind als alleinstehende Männer. Frauen kommen vor allem aufgrund von Ausfallzeiten durch Kindererziehung auf eine insgesamt geringere Zahl an Arbeits- und Versicherungsjahren bzw. erreichen durch längere Teilzeitphasen weniger Entgeltpunkte – mit der Folge, dass ihre Altersrenten niedriger ausfallen. Entscheidend für die Armutsgefährdung ist allerdings das Haushaltseinkommen bzw. das Einkommen der Bedarfsgemeinschaft. Frauen haben im Vergleich zu Männern, trotz der Bedürftigkeitsprüfung auf Haushalts- oder Bedarfsgemeinschaftsebene, in fast allen Kreisen eine höhere Grundsicherungsquote im Alter nach SGB XII. Die regionalen Schwerpunkte verteilen sich aber ähnlich, wobei auch hier vor allem die kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen betroffen sind. Die größte Differenz in der Grundsicherungsquote zwischen Männern und Frauen hat Bremerhaven mit 3,2 Prozentpunkten, gefolgt von Salzgitter und Duisburg mit je 2,2 Prozentpunkten.
5. Auf Basis von Individualdaten des Mikrozensus aus dem Jahr 2013 kann zudem gezeigt werden, dass das Altersarmutsrisiko für Menschen in Einpersonenhaushalten mehr als dreimal so hoch ist wie in Mehrpersonenhaushalten. In Einpersonenhaushalten liegt es für Frauen mehr als doppelt so hoch wie für Männer.
6. Als weitere persönliche Risikofaktoren gelten eine Scheidung sowie das Vorliegen eines Migrationshintergrundes. Migrantinnen sind im Vergleich zu Nichtmigrantinnen im Durchschnitt stärker von Arbeitslosigkeit und Niedriglohn betroffen, was sich im Erwerbsverlauf und in den Zahlbeträgen der

Rentenversicherung niederschlägt. Ihr Altersarmutsrisiko liegt im Durchschnitt mehr als dreimal so hoch wie das von Nichtmigranten. Entscheidend ist hier aber auch, ob Rentenversicherungsansprüche vor Eintritt in die Bundesrepublik vorliegen. Ein höheres Risiko besteht zudem für Personen mit einem niedrigen Schul- und/oder Berufsabschluss, einer niedrigen beruflichen Stellung in der zuletzt ausgeübten Tätigkeit bzw. einer zuletzt ausgeübten Tätigkeit in Branchen, die stark saisonal geprägt sind und/oder in denen stark unterdurchschnittliche Entlohnungen üblich sind.

7. Die Armutsgefährdungsquoten der 50- bis 64-Jährigen haben ein Niveau, das auf einen generellen Anstieg der Altersarmut in den nächsten Jahren hindeutet, doch es lassen sich Strukturverschiebungen erkennen. Anders als bei den jetzt ab 65-Jährigen ist vor allem in den ostdeutschen Bundesländern bei bestimmten Gruppen wie Einpersonenhaushalten oder Personen mit Migrationshintergrund eine extrem hohe Armutsgefährdung zu erkennen. Dies führt vermutlich in absehbarer Zeit zu höherer Altersarmut in den östlichen Bundesländern.

Die Autoren

Prof. Dr. Jörg-Peter Schräpler

Prof. Dr. Jörg-Peter Schräpler ist seit April 2011 Lehrstuhlinhaber für »Sozialwissenschaftliche Datenanalyse« an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum und seit 2012 stellvertretender Geschäftsführender Leiter des Zentrums für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR). Er hat sich in den letzten Forschungsjahren insbesondere mit der Analyse von kleinräumigen sozialstatistischen und georeferenzierten Daten beschäftigt. Aufgrund dieser Erfahrungen wurde Jörg-Peter Schräpler im Jahr 2010 in die Arbeitsgruppe »Georeferenzierung von Daten« des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) berufen. Zudem ist er seit Oktober 2012 Mitglied des Wissenschaftlichen Beraterkreises (WBK) der Forschungsdatenzentren (FDZ) der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Holger Mann

Holger Mann (Jahrgang 1984) hat seinen B.A. in Soziologie an der Universität Duisburg-Essen mit dem Schwerpunkt »Methoden der empirischen Sozialforschung« abgeschlossen. Zurzeit studiert er Sozialwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum im M.A.-Studienprogramm »Methoden der Sozialforschung«. Neben seinem Studium engagiert er sich für die quantitative Methodenausbildung von Studierenden für Studierende und ist Mitbegründer des studentischen Initiativprojekts »inStatistics«, welches von inStudies gefördert wird.

Dr. habil. Wolfgang Seifert

Dr. Wolfgang Seifert ist Leiter des Referats »Sondererhebungen und Analysen« bei IT.NRW, dem Statistischen Landesamt von Nordrhein-Westfalen. In dieser Einheit werden zahlreiche Studien und Analysen im Bereich Sozialstruktur, Arbeitsmarkt, Bildung und Integration durchgeführt. Die regionalen Unter-

schiede innerhalb Nordrhein-Westfalens spielen dabei eine besondere Rolle, wie beispielsweise in einem derzeit durchgeführten Vergleich der Grenzregionen Nordrhein-Westfalens und der Niederlande. Seit dem Jahr 2000 ist Wolfgang Seifert bei IT.NRW beschäftigt, zuvor war er am Lehrstuhl »Bevölkerungswissenschaft« der Humboldt-Universität Berlin (1995–2000) und am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (1990–1995) tätig.

Prof. Dr. Gerhard Naegele

Prof. Dr. Gerhard Naegele war zwischen 1992 und 2013 Inhaber des Lehrstuhls für soziale Gerontologie an der Technischen Universität Dortmund. Seit 1995 ist er Direktor des Instituts für Gerontologie an der TU Dortmund. Er war und ist in verschiedenen Funktionen der gerontologischen/demographischen Politikberatung tätig (u. a. Enquete-Kommission »Demographischer Wandel« des Deutschen Bundestages, 1992–2004, 5. und 6. Altenbericht der Bundesregierung, 2001–2006) sowie Vorstands- und Aufsichtsratsmitglied im Kuratorium Deutsche Altershilfe (seit 1995). Seine aktuellen Forschungsthemen kreisen um die sozialpolitischen Implikationen des Alterns der Gesellschaft und des demographischen Wandels. Jüngere Veröffentlichungen beziehen sich auf Demographiepolitik in Deutschland, soziale Lebenslaufpolitik, die Situation älterer Arbeitnehmer, Pflegebedarf und Politik, Active Ageing, Soziale Dienste, die Rolle der Kommunen im demographischen Wandel sowie internationale Aspekte der Altenpolitik.

Dr. Anja Langness

Dr. Anja Langness ist seit 2006 Projektmanagerin bei der Bertelsmann Stiftung, seit 2010 im Programm »LebensWerte Kommune«. Sie hat Erziehungs- und Gesundheitswissenschaften studiert und im Bereich Public Health promoviert. Von 2002 bis 2006 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bielefeld, Fakultät für Gesundheitswissenschaften. Ihre For-

schungs- und Arbeitsschwerpunkte sind soziale Ungleichheit, Bildung und Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und kommunales Netzwerkmanagement.

Carsten Große Starmann

Carsten Große Starmann ist seit 2004 bei der Bertelsmann Stiftung und dort verantwortlich für das Projekt »Kommunen gestalten den demographischen Wandel«. Er ist Diplom-Verwaltungswirt mit anschließendem Studium der Rechtswissenschaften und Ausbildung in systemischer Beratung. Er hat langjährige Erfahrung in der Kommunalverwaltung als Leiter kommunaler Entwicklungsprojekte in den Themenfeldern demographischer Wandel, Gesundheitswirtschaft und wirkungsorientierte strategische Steuerung.